

Stuttgart, 7. Oktober 2025

Haus & Grund Stuttgart: Schlag unter der Gürtellinie gegen bürgerschaftliches Engagement

Immobilienlobby diffamiert Schutz des Stadtklimas

Mit Empörung reagiert das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 auf beleidigende Äußerungen von Ulrich Wecker, Geschäftsführer von Haus & Grund Stuttgart. Sie wurden nicht nur in deren Monatszeitschrift Oktober 2025 wiedergegeben, sondern auch im Staatsanzeiger wird seine Aussage zum Bürgerbegehren „Bahnhof mit Zukunft“ zitiert. Demnach ordnet Haus & Grund Bürgerinnen und Bürger, die von ihren demokratischen Rechten nach der Gemeindeordnung Gebrauch machen und ein Bürgerbegehren organisiert haben, den „Ewiggestrigen“ zu.

Auch wenn die Dachverbände von Betrieben und Unternehmen aus Industrie und Handel, der Bau-, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sowie von Haus- und Wohnungseigentümern, auf die sich Ulrich Wecker bezieht, starke wirtschaftliche Interessen an der Bebauung des Kopfbahnhofareals verfolgen, entbindet ihn das nicht vom mitmenschlichen Anstand. Das Aktionsbündnis hat keinerlei Verständnis dafür, dass er, statt sich objektiv mit der Begründung des Bürgerbegehrens auseinanderzusetzen, zur Verunglimpfung Andersdenkender greift.

Frank Distel, Baubürgermeister a.D., ausgewiesener Fachmann für Städtebau und Eisenbahnwesen und Mitglied des Aktionsbündnisses, hat sich mit dem in der Anlage 1 beigefügten Schreiben an Ulrich Wecker mit der Lobbykampagne auseinandergesetzt. Das Aktionsbündnis schließt sich dieser Stellungnahme an.

Bündnissprecher Dieter Reicherter ergänzt: *„Ulrich Wecker bleibt jegliche Begründung dafür schuldig, weshalb der Einsatz für einen zuverlässigen und leistungsfähigen Bahnverkehr ewig gestrig sein soll. Vielmehr ist die Landeshauptstadt wirtschaftlich von leistungsfähigem Bahnverkehr und von wirksamen Maßnahmen zur Milderung des fortschreitenden Klimawandels abhängig.“*

Insbesondere kritisiert das Bündnis den Schulterschluss zwischen Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper und seiner Verwaltung mit Wirtschaftsverbänden, die Lobbyismus mit persönlichen Angriffen verbinden. Und es zeigt sich irritiert davon, dass Stadtdirektorin Ines Aufrecht, Leiterin der Abteilung Koordination S21/Rosenstein und Zukunftsprojekte, – statt mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens – Gespräche mit Stadt & Grund darüber führt.

Eine Bebauung des A2-Areals hätte unabsehbare Folgen für das Stadtklima im Talkessel, denn die Hauptbelüftungsachse und die nächtliche Frischluftzufuhr werden abgeschnitten. Dies zeigt ein vom Amt für Umweltschutz der Stadt Stuttgart erstelltes Schaubild deutlich (Anlage 2). Noch mehr Hitzetote und in ihrer Gesundheit Geschädigte wären die Folge.

Im Oktober 2024 hatte das Aktionsbündnis mit Thomas Möller, Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Baden-Württemberg, nach dessen vorausgegangenen persönlichen Angriffen ein Gespräch geführt. Schon damals war erörtert worden, dass die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes im Gebiet Rosenstein aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sein wird. Möller hatte dabei auf die Erwartung staatlicher und städtischer Zuschüsse zur Minderung der Mietpreise verwiesen, ohne konkrete Zahlen nennen zu können.

Frank Distel, einer der damaligen Gesprächsteilnehmer, erklärt dazu: *„In einer Zeit knapper öffentlicher Kassen und angesichts einbrechender Gewerbesteuer werden solche Subventionen nicht möglich sein. Statt sozialen Wohnungsbau wird es höchstens Betongold als Geldanlage für Millionäre geben.“*

Das Aktionsbündnis ruft in der Diskussion um das Bürgerbegehren zu Sachlichkeit und Respekt für bürgerschaftliches Engagement auf. Nur so kann eine Spaltung der Stadtgesellschaft verhindert werden.

Kontakt: Dieter Reicherter, 07192 930 522 oder 0151 263 711 31, Frank Distel: 0171 959 7273